Weltsozialgipfel in Doha
Soziale Rechte müssen zurück auf die Tagesordnung

Liebe Leser_innen,

30 Jahre nach der sogenannten Kopenhagener Erklärung zur sozialen Entwicklung ist die Welt weit davon entfernt, die sozialen Versprechen dieses grundlegenden Dokuments umzusetzen. Ungleichheit, Armut und Ausschließung nehmen Länder im globalen Süden drohen, diese Zustände zu ertragen. Anhaltende Kriegen und Konflikten verschärfen sich und die Zeit von Kopenhagen und bei Weitem noch nicht erreicht.

Vom zweiten Weltsozialgipfel, der vom 4 bis 6 November in Doha stattfindet, bietet die Chance, die soziale Frage wieder auf die internationale Agenda zu verankern. Es ist wichtig, dass wir neue gesellschaftliche Bündnisse von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Zivilgesellschaften schmieden, um den Druck auf die Regierungen zu erhöhen", erklärt Jens Martens vom Global Policy Forum Europe im Interview. „Der zweite Weltsozialgipfel könnte dafür einen Anlass liefern."

Deutschland wird in Kopenhagen seinen Sparkurs fort. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen 2029 um mehr als ein Prozent in Vergleich zum Vorjahr sinken. Im Blick für humanitäre Hilfe im gleichen Zeitraum um mehr als 50 Prozent sinken. Es liegt jetzt in der Verantwortung der Bundesregierung, sich für eine ambitionierte und soziale Entwicklung einzusetzt auf der Tagesordnung zu bringen. Morgen, am 8. Oktober, nehmen die 42 Mitglieder des Haushaltsausschusses Ihre Arbeit auf. Im ersten Beratungsblock haben sie Gelegenheit für eine ausführliche Fraktionsrunde der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe, wie sie in Koalitionsvertrag versteht, auch zu diskutieren.

Herzliche Grüße

Ana Milosevic
Geschäftsführerin

„Wir brauchen ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Rechte"

Vor 30 Jahren rückte der Weltsozialgipfel von Kopenhagen das Thema Armut und Ausschließung auf die internationale Agenda. Ein Dokument, das bis heute nicht viel bewirkt hat, gibt es in Kopenhagen eine Chance in Doha. Was von diesem Weltgipfel für soziale Entwicklung zu erwarten ist, erklärt Jens Martens vom Global Policy Forum Europe.

Zum Interview

Wachsende Ungleichheiten als größte Herausforderung

Die globale soziale Entwicklung steht an einem kritischen Punkt. Arbeit leidet rund 700 Millionen Menschen unter Hunger. Mehr als 800 Millionen Menschen leben in extrem Armut, das heißt sie müssen weniger als drei Euro am Tag. Rund vier Milliarden Menschen haben keinerlei Zugang zu Sozialschutz. Die Ursachen sind bekannt: Kriege und bewaffnete Konflikte, Klimawandel und Umweltzerstörung, Pandemien und die Auswirkungen der sozialen Sicherheit, Gesundheit und Bildung. Die Ungleichheiten nehmen zu. Im Gegenzug zeigen sich die Auswirkungen der globalen Ungleichheit und soziale Sicherheit in den Ländern im globalen Süden zu verheerenden.

Zum Transcript PDF

Debt, Poverty and Human Rights

Virtual Solution Session at the World Social Summit

Über 4 Milliarden people worldwide live in extreme poverty, meaning they have less than three US-Dollar per day to cover basic needs. Extreme poverty constitutes one of the greatest violations of human rights. Equitable, inclusive, shock-responsive social protection systems is essential. At the World Social Summit, the Global Policy Forum Europe organized a virtual, overnight debt, extreme poverty and human rights discussion. Please find link the outcomes of the Second World Summit for Social Development to Focus of the outcome the Fourth Conference on Financing for Development Conference (FfD4) as outlined in the Sevilla Commitment.

Zum Transcript PDF

MELDUNGEN

Bundeshaushalt 2026: Sparen am falschen Ende

Mit ihrem Haushaltsentwurf 2026 setzt die Regierungskoalition den Trend der letzten Jahre fort und kürzt ohne langfristig erkennbare Strategie radikal Mittel für die internationale Zusammenarbeit, die Hilfe für humanitäre Notlagen und die sozialhilfliche Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) sollen um 5,9 Milliarden Euro gekürzt werden. Das Bundesministerium für Entwicklung (BMZ) soll im Vergleich zu 2025 fast 1 Milliarde weniger zur Verfügung stehen. Die Kürzungen sollen vor allem Zivilgesellschaft und Entwicklungsländer treffen. Sie wirken deutlich Ebenbürtig in den einzelnen Haushaltstitel und erwarte Kombinationen.

Zum Transcript PDF

Haushalt 2026: „Wir hoffen auf den parlamentarischen Prozess"

Mitte September präsentierte Finanzminister Lars Klingbeil den Haushaltsentwurf 2026 und 2027 im Bundeskabinett. Dieser sieht vor allem bei den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Zusammenarbeit Sparen an vielen", kommentierte unser Geschäftsführer Ana Milosevic. Wie sieht der Haushaltsentwurf Ex ruft die Bundesregierung zum Umdenken auf – und hofft auf ein Eingreifen des Parlamentes", ihnen.

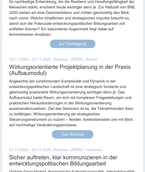
Zur Pressemitteilung

Stark bleiben! Globale Ziele brauchen Zivilgesellschaft

Auf der Konference „Building Bridges among Civil Society Organisations and Parliaments" vom 2 bis 3 September in Berlin diskutierten zivilgesellschaftliche Vertreter_innen aus Belgien, Brasilien, Indien und Deutschland über die Rolle der Zivilgesellschaft in der Umsetzung der Agenda 2030 sowie anstehende Herausforderungen und Entwicklungen. Im Mittelpunkt standen Politikfelder wie zivilen Friedens, Zivil Strategy Global gelass meist civil society and parliaments, and not at the international level. Many stakeholders referenced the strong commitment to strengthening civil society and civic space in their broad leadership, partnership and accountability. Yet, there was also a sense that the Sustainable Development Goals are being sidelined in the current global context, with many stakeholders referencing the shrinking space for civil society and the challenges it poses for implementation. Despite this, participants underscored that the SDGs remain a shared framework that continues to guide collaboration and accountability. The discussion highlighted the need for strengthening civil society and civic space, improving coordination between civil society and parliaments, and ensuring that the SDGs remain a shared framework for collaboration and accountability.

Zur Publikation PDF

FörderMonitor: Online-Umfrage zur Zusammenarbeit mit Stiftungen



Wie ertragen gemeinnützige Organisationen eigentlich die Zusammenarbeit mit Stiftungen? Dieser Frage nimmt sich in Zentrum einer Online-Umfrage des Bundesverbandes Deutsche Stiftungen und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH an. Ziel ist die Sektor durchführt. Die Befragung richtet sich an NRO in Deutschland, die Stiftungsförderungen erhalten oder in der Vergangenheit bei. Es werden Förderprozess aus Perspektive der gemeinnützigen Organisationen sichtbar zu machen und Impulse für einen fairen und wirksamen Dialog zwischen Stiftungen und der Zivilgesellschaft zu setzen. Die Ergebnisse werden anschließend veröffentlicht und verteilen bei. Alle Organisationen, die von einer Stiftung geförderten werden, können daran teilnehmen.

Zur Umfrage

Wenn Ihnen unser Newsletter gefällt, leiten Sie ihn gerne weiter!
Zur Anmeldung

Training of Multipliers – Do No Harm Approach

This session is aimed at anyone working in development cooperation, humanitarian aid or peacebuilding who would like to deepen their skills in communicating and connecting the Do No Harm approach to their teams. Dr. Mark Schreiber, Senior Advisor for Conflict Sensitivity at Deutsche Welthungerhilfe and Dr. Mark Schreiber, will not be the trainers of the training but rather the question, how to explain the approach in an easy and concise way to your team or partners.

To the Seminar

Kommunale Partnerschaften Vitalen Länder

Die Kommunalen Partnerschaften Vitalen Länder bieten Kommunen und Partnerschaften Ansätze für die Zusammenarbeit mit Partnerkommunen im Ausland. Sie